

Herbe Kritik:

## EU-Parlament fordert besseren Schutz der Bevölkerung vor umweltbedingten Gesundheitsrisiken

Keine Ziele, wenig Fortschritte, kein Geld. Dies ist kurz gefasst die Kritik des Europäischen Parlaments zur Halbzeit des EU-Aktionsplans Umwelt und Gesundheit 2004-2010<sup>1</sup>. Das Europäische Parlament weist in seiner Sitzung vom 4. September 2008<sup>2</sup> kritisch darauf hin, dass es sich bei diesem Aktionsplan ausschließlich um begleitende Maßnahmen zur bestehenden Gemeinschafts-politik handelt und er deshalb teilweise zu scheitern droht. Es fehle eine Politik der Prävention, mit dem Ziel umweltbedingte Erkrankungen zu reduzieren.



Die Kommission, so das Parlament, verfolge nur traditionelle Ziele. Für neuartige Probleme werden keine Lösungsstrategien angeboten. So fordert das EU-Parlament die Kommission auf, möglichst bald gezielte Maßnahmen zur Gewährleistung der Luftqualität in Innenräumen vorzuschlagen, die darauf abzielen, die Sicherheit und die gesundheitliche Unbedenklichkeit von Innenräumen auf hohem Niveau sicherzustellen. Dazu gehört auch die Angleichung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften für Bauprodukte, die darauf abzielen, die Unschädlichkeit von chemischen Stoffen als Bestandteile von Ausstattungsgegenständen und Möbeln sicherzustellen. Die Ergebnisse des Kinder-Umwelt-Survey, die wir Ihnen in einer der nächsten Ausgaben von telegramm: umwelt + gesundheit vorstellen werden, zeigen, dass schlechte Innenraumqualität auch heute noch die Gesundheit der Kinder negativ beeinflussen kann.

Des Weiteren bemängelt das Parlament, dass die Kommission dem Problem der gesundheitlichen Gefahren durch erbgutverändernde, krebsauslösende fortpflanzungsschädigende und hormonell wirksame Stoffe nicht gerecht werde.

Das EU-Parlament bedauert zutiefst, dass das Humanbiomonitoring-Projekt, an dem auch das Umweltbundesamt beteiligt ist, bis jetzt noch nicht fortgesetzt werden konnte. Außerdem ist es über die „lockere“ Haltung der Kommission zu Nanopartikeln in Konsumgütern besorgt. Zudem fordert das Parlament die Kommission und die Mitgliedsstaaten auf, angemessen auf die Bedrohungen durch den Klimawandel zu reagieren.

Schwerpunkt des Aktionsplans in der ersten Hälfte der Laufzeit war vor allem die Initiierung von Forschung zu Umwelt und Gesundheit sowie die Verbesserung der Datenqualität und der Vergleichbarkeit der Daten. Konkrete Maßnahmen zum Schutz vor umweltbedingten Krankheiten waren hier noch nicht geplant. Ein weiteres Ziel war das Einbringen des Umwelt- und Gesundheitsgedankens in andere Politikbereiche. Bereits bei seiner Verabschiedung hat das Europäische Parlament den Aktionsplan kritisiert<sup>3</sup> und von der Europäischen Kommission erhebliche Nachbesserungen im Hinblick auf eine Konkretisierung der zu erfolgenden Maßnahmen gefordert.

Das EU-Parlament empfiehlt als Fazit, in der zweiten Hälfte der Laufzeit des Aktionsplans die Empfehlungen der Expertengruppen, die innerhalb der Strategie für Umwelt und Gesundheit<sup>4</sup> erarbeitet wurden, in den Aktionsplan einzubeziehen. Die Kommission soll verstärkt empfindliche Bevölkerungsgruppen schützen, wie Kinder, Schwangere und ältere Menschen. Hierfür sollen neue Methoden der Risikobewertung ausgearbeitet werden. Es soll das Vorsorgeprinzip gestärkt und Instrumente entwickelt und angewandt werden, mit denen potenzielle Gefahren im Bereich Umwelt und Gesundheit frühzeitig erkannt und abgewendet werden können. Um dies umzusetzen soll eine angemessene Mittelausstattung zur Finanzierung bereit gestellt werden.

Als positiv wird gesehen, dass sich die Zusammenarbeit zwischen Gesundheit, Umwelt und Forschung seit 2003 verbessert hat und dass die Forschungsarbeiten das Wissen über die Zusammenhänge zwischen Umweltbelastungsquellen und Auswirkungen auf die Gesundheit verbessern. Dies reiche aber bei weitem nicht aus, die wachsende Zahl umweltbedingter Krankheiten zu reduzieren.

Das Umweltbundesamt begrüßt die Diskussion zu Umwelt und Gesundheit, die das Europäische Parlament eingeleitet hat. Es wäre großer Schritt vorwärts für die Umwelt- und Gesundheitspolitik Europas, wenn die Europäische Kommission in der zweiten Phase des Aktionsplans konkrete Maßnahmen und überprüfbare Ziele benennen würde und ausreichende Ressourcen zum Erreichen dieser Ziele bereitstellen würde.

*Marianne Rappolder und Andreas Gies*

<sup>1</sup> Mitteilung der Kommission an den Rat, das europäische Parlament, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss: Der europäische Aktionsplan Umwelt und Gesundheit 2004-2010 vom 9.6.04, KOM (2004) 416

<sup>2</sup> Entschließung des Europäischen Parlaments vom 4. September 2008 zur Zwischenbewertung des Europäischen Aktionsplans Umwelt und Gesundheit 2004-2010 (2007/2252(INI))

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0410+0+DOC+XML+V0//DE&language=DE>

<sup>3</sup> P6\_TA(2005)0045 Aktionsplan: Umwelt und Gesundheit 2004-2010, Entschließung des Europäischen Parlaments zu dem Europäischen Aktionsplan Umwelt und Gesundheit 2004-2010 (2004/2132(INI))

<sup>4</sup> Mitteilung der Kommission an den Rat, das europäische Parlament, den europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss: Eine europäische Strategie für Umwelt und Gesundheit vom 11.6.2003, KOM (2003) 338





## Kurztelegramm

### **ERANET zu Umwelt und Gesundheit gestartet**

Zur Förderung von EU weiten Programmen und Projekten im Bereich Umwelt und Gesundheit haben sich 16 Partner aus 10 Ländern zu einem Netzwerk im europäischen Forschungsraum (European Reseach Area Network - ERANET) zusammengeschlossen. Das Projekt "Coordination of national environment and health research programmes – Environment and health ERA-NET ERA-ENVHEALTH" startete am 1. September 2008. Afsset (French Agency for Environment and Occupational Health Safety) aus Frankreich koordiniert das Netzwerk. Einer der Partner ist die Abteilung Umwelthygiene des Umweltbundesamtes. Die Finanzierung erfolgt über das 7. europäische Forschungsprogramm. Eine Aufgabe während des vierjährigen Projekts ist es, einen Überblick über Forschungsprogramme und -projekte, die auf regionaler und nationaler Ebene zu Umwelt und Gesundheit laufen, zu erstellen. Das Ergebnis soll über eine Datenbank öffentlich zur Verfügung gestellt werden.

Ansprechpartnerin: Marianne Rappolder, UBA, II 1.1S; marianne.rappolder@uba.de

### **Fachtagung „Umweltgerechtigkeit – die soziale Verteilung von gesundheitsrelevanten Umweltbelastungen“, 27. und 28. Oktober 2008, Berlin**

In Deutschland weisen Untersuchungen darauf hin, dass gesundheitsrelevante Umweltbelastungen je nach sozialer Lage in der Bevölkerung ungleich verteilt sind. Auf einer zweitägigen Fachtagung Ende Oktober in Berlin diskutieren die Teilnehmenden den aktuellen Forschungsstand zum Thema „Umweltgerechtigkeit“ und erarbeiten Empfehlungen für die Politik. Die Fachtagung richtet sich an Fachleute aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Praxis. Veranstalter ist die Universität Bielefeld – Fakultät für Gesundheitswissenschaften – im Auftrag des Bundesumweltministeriums (BMU) und des Umweltbundesamtes (UBA).

[http://www.apug.de/archiv/pdf/Flyer\\_Umweltgerechtigkeit.pdf](http://www.apug.de/archiv/pdf/Flyer_Umweltgerechtigkeit.pdf)

### **Andreas Gies Herausgeber bei Chemosphere**

Andreas Gies, Abteilungsleiter Umwelthygiene im Umweltbundesamt hat am 1. Oktober 2008 die Funktion des Herausgebers bei Chemosphere Bereich „Environmental Toxicology and Risk assessment“ von Herrn Dieter Schrenk übernommen. Er nimmt diese Funktion gemeinsam mit John P. Giesy, Kanada, wahr.

[http://www.elsevier.com/wps/find/journaldescription.cws\\_home/362/description#description](http://www.elsevier.com/wps/find/journaldescription.cws_home/362/description#description)